



Haushalts- und Finanzausschuß

15. Sitzung (nicht öffentlich)

15. März 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 14.30 Uhr

Vorsitz: Leo Dautzenberg (CDU)

Stenograph: Günter Labes-Meckelnburg

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1996 (Gemeindefinanzierungsgesetz 1996 - GFG 1996) und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1996 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/402 und 12/690 (Ergänzung)

in der Fassung nach der zweiten Lesung

Drucksache 12/817

Vorlage 12/416

1

Der Ausschuß nimmt den Gesetzentwurf in der Fassung nach der zweiten Lesung ohne weitere Änderungen mit den Stimmen der

Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU zur dritten Lesung an.

Berichterstatter: Reinhold Trinius (SPD)

(Kein Diskussionsprotokoll)

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/400 und 12/690 (Ergänzung)

in der Fassung nach der zweiten Lesung

Drucksachen 12/800 bis 12/816
Vorlage 12/410

1

(Hinweis: Der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 12/850 enthält sämtliche zur dritten Lesung gefaßten Beschlüsse und die Abstimmungsergebnisse)

Mit den Stimmen aller Fraktionen ermächtigt der Ausschuß den Finanzminister, bei der Aufbereitung der Beschlüsse zum Haushalt offenbare Unstimmigkeiten im Zahlenwerk zu bereinigen und zum Ausgleich des Haushalts gegebenenfalls den Ansatz in Kapitel 20 020 Titel 371 10 "Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlußsummen des Haushaltsplans" zu verändern.

In der Gesamtabstimmung nimmt der Ausschuß den Gesetzentwurf und damit auch den Haushaltsplan in der Fassung nach der zweiten Lesung nach Maßgabe der beschlossenen Änderungen unter Berücksichtigung des Berichtes des parlamentarischen Kontrollgremiums mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei zwei Stimmenthaltungen und einer Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU zur dritten Lesung an.

Berichterstatter: Leo Dautzenberg (CDU)

3 **Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 1995 bis 1999**

Unterrichtung durch die Landesregierung
Drucksache 12/401

Der Ausschuß empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU dem Landtag, die Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen von 1995 bis 1999 zur Kenntnis zu nehmen.

Berichterstatter: Reinhold Trinius (SPD)

(Kein Diskussionsprotokoll)

Aus der Diskussion

- 1 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1996 (Gemeindefinanzierungsgesetz 1996 - GFG 1996) und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1996 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/402 und 12/690 (Ergänzung)

in der Fassung nach der zweiten Lesung

Drucksache 12/817
Vorlage 12/416

(Siehe Beschlußteil)

- 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/400 und 12/690 (Ergänzung)

in der Fassung nach der zweiten Lesung

Drucksachen 12/800 bis 12/816
Vorlage 12/410

Der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 12/850 enthält sämtliche zur dritten Lesung gefaßten Beschlüsse, den Wortlaut aller gestellten Anträge mit der jeweiligen Begründung, die Abstimmungsergebnisse sowie Ausführungen über die in der Sitzung abgegebenen Stellungnahmen. In diesem Protokoll werden ausschließlich die Diskussionsbeiträge wiedergegeben, die über die Darlegungen in der genannten Drucksache hinausgehen.

Zum Abstimmungsverhalten seiner Fraktion in der zweiten Lesung im Plenum erklärt **Dr. Manfred Busch (GRÜNE)**, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe ein Abstimmungsverfahren wie im Haushaltsausschuß erwartet, daß zunächst über die Einzelpläne 12 und 20 sowie über das Haushaltsgesetz abgestimmt werde, bevor die Schlußabstimmung stattfinde, wohl wissend, daß im Haushaltsgesetz auch die Schlußsummen des Haushalts stünden. Eine solche Schlußabstimmung habe dann jedoch nicht mehr stattgefunden.

Zu: Programm "Arbeit und Umwelt"

Im Zusammenhang mit der ausführlich in der Beschlußempfehlung 12/850 dargestellten Diskussion kritisiert **Alexandra Landsberg (GRÜNE)**, daß die CDU-Vertreter die Sitzung des Landwirtschaftsausschusses verlassen hätten, weil der Staatssekretär Dr. Griese nicht habe anwesend sein können, obwohl bekannt gewesen sei, daß zur gleichen Zeit im Finanzausschuß eine Aktuelle Viertelstunde unter Beteiligung des Staatssekretärs stattfinde.

Nach dem Einwurf von **Helmut Diegel (CDU)**, dieser Vorgang werde von der Kollegin bewußt falsch dargestellt, verweist **Vorsitzender Leo Dautzenberg** auf den hierzu vorliegenden Schriftverkehr. In ihm habe der Kollege Uhlenberg den Hintergrund für das Verhalten der CDU-Fraktion erläutert. Danach gehe der Auszug der CDU-Vertreter darauf zurück, daß die Koalitionsfraktionen nicht bereit gewesen seien, einen von der CDU-Fraktion beantragten Punkt zu einem anderen Zeitpunkt zu beraten.

Nach der Ablehnung des mündlich von der CDU-Fraktion gestellten Antrages, Ministerin Höhn und Minister Clement in die Sitzung zu zitieren, wirft **Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE)** die Frage auf, ob die CDU-Fraktion sich ernsthaft mit diesem Programm "Arbeit und Umwelt" beschäftigen wolle, und beantragt, daß sich der Ausschuß in der ersten Sitzung nach der Osterpause mit diesem Programm beschäftigen solle. Die Eingangsbemerkung empfindet **Helmut Diegel (CDU)** als "eine Frechheit", da die CDU-Fraktion seit ca. neun Monaten über mündliche und schriftliche Anfragen und im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen versuche, die Grundlagen dieses Programms zu erfahren. Für seine Fraktion stelle es einen Skandal dar, daß sich die Landesregierung bis zum heutigen Tage nicht in der Lage sehe, konkret über dieses Programm zu informieren.

Ihm gehe es darum zu erfahren, wie ernsthaft die CDU-Fraktion sich mit diesem Thema befassen wolle oder ob diese nur einen Show-Antrag gestellt habe, entgegnet **Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE)**. Er sei sich darüber im klaren, daß die CDU-Fraktion nach der Sitzung erklären werde, die Koalitionsfraktionen hätten die Auskunft über das Programm "Arbeit und Umwelt" verhindert. Er halte es jedenfalls für sinnvoll, daß sich auch der Haushalts- und Finanzausschuß einmal intensiv mit diesem Programm befasse.

Vorsitzender Leo Dautzenberg betont, selbstverständlich werde dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt, sobald die Vorlage eingegangen sei. Zu den heftigen Reaktionen gerade von der Seite der GRÜNEN wolle er jedoch als Abgeordneter feststellen, daß deren Haltung gewiß anders aussähe, wenn diese noch in der Opposition wären.

Anschließend beantragt **Dr. Manfred Busch (GRÜNE)** für seine Fraktion, diesen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Hierzu erklärt **Vorsitzender Leo Dautzenberg**, dies hätte er ohnehin so vorgesehen. Allerdings werde dieser Punkt von ihm nicht auf die Tagesordnung gesetzt, wenn die Vorlage erst ein oder zwei Tage vor der Sitzung eingehe.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) erwidert, da er für seine Fraktion beantragt habe, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, werde vom Vorsitzenden als ausführendem Organ des Ausschusses erwartet, dem unabhängig davon nachzukommen, wann die Vorlage eingehe.

Zwar werde er diesen Punkt dann auf die Tagesordnung setzen, antwortet **Vorsitzender Leo Dautzenberg**, allerdings bitte er um Verständnis, daß er als Vorsitzender empfehlen werde, über diesen Punkt nicht zu beraten, wenn die Vorlage nicht rechtzeitig eingegangen sei, weil so kein geordnetes Beratungsverfahren möglich erscheine.

Zu einem späteren Sitzungszeitpunkt übergibt **Finanzminister Heinz Schleußer** dem Vorsitzenden das Papier "Zukunftsinvestitionsprogramm Arbeit und Umwelt".

Vorsitzender Leo Dautzenberg schlägt vor, das Papier als Vorlage zu verteilen und diesen Punkt dann für die Sitzung am 18. April auf die Tagesordnung zu setzen.

Eingehend auf einen Einwurf von **Ernst-Martin Walsken (SPD)**, betont **Vorsitzender Leo Dautzenberg**, es habe keinen Sinn, über ein eben erst erhaltenes Papier zu sprechen, weil dessen Inhalt noch nicht habe zur Kenntnis genommen werden können.

Zu: **Wirtschaftsplan des Verfassungsschutzes**
Kapitel 03 010 Titelgruppe 60

Bezüglich der Beratungen des parlamentarischen Kontrollgremiums - s. Vorlage 12/410 - zum geheimzuhaltenden Wirtschaftsplan des Verfassungsschutzes kritisiert **Vorsitzender Leo Dautzenberg**, die CDU-Fraktion habe aufgrund der zu kurzfristigen Einladung an den Beratungen nicht teilnehmen können. Gegen die Annahme des Wirtschaftsplans hätten die Kollegen der CDU aber keine Bedenken.